

„Wer die Presse stärken will, muss ihre wirtschaftlichen Grundlagen schützen“

Warum fordert der BDZV einen Pressefolgencheck?

Weil politische Entscheidungen bislang fast immer isoliert betrachtet werden. Für die Presse zählt aber ihre Gesamtwirkung. Zusätzliche Bürokratie, steigende Kosten, neue Werbebeschränkungen, fehlende Entlastung bei der Mehrwertsteuer und jetzt die aktuellen Pläne zu Minijobs – jede Maßnahme mag für sich begründbar sein. In ihrer Summe gefährden sie jedoch die wirtschaftliche Grundlage des professionellen Journalismus. Deshalb sollten die Auswirkungen neuer Gesetze auf Pressevielfalt und Presseversorgung künftig systematisch geprüft werden.

Weshalb spielen die Minijob-Pläne dabei eine so große Rolle?

Die Pläne zeigen beispielhaft, worum es geht. Die Zustellung von Tageszeitungen findet frühmorgens, dezentral und in sehr engen Zeitfenstern statt. Flexible Beschäftigungsmodelle sind dafür unverzichtbar. Wer diese Strukturen ohne Blick auf die praktischen Folgen verändert, gefährdet die flächendeckende Zustellung der gedruckten Zeitung. Wenn Minijobs durch zusätzliche Sozialabgaben unattraktiv werden, trifft das Austräger, Verlage und Leserschaft gleichermaßen. Dann steckt morgens womöglich keine Zeitung mehr im Briefkasten.

Ist Print angesichts der Digitalisierung überhaupt noch zukunftsfähig?

Die Frage lautet nicht Print oder Digital, sondern Print und Digital. Unsere Verlage investieren massiv in digitale Produkte, Künstliche Intelligenz, Apps, Podcasts, Newsletter und neue Geschäftsmodelle. Gleichzeitig erreichen gedruckte Tageszeitungen täglich mehr als 30 Millionen Menschen. Zuverlässige Information darf niemanden ausschließen – unabhängig davon, ob die Informationen auf Papier oder digital genutzt werden.

Warum sprechen Sie von Presse als demokratischer Infrastruktur?

Weil Demokratie verlässliche Informationen braucht. Bürgerinnen und Bürger können keine fundierten Entscheidungen treffen, wenn sie nicht wissen, was passiert. Politik kann nicht kontrolliert werden, wenn niemand genau hinschaut. Und Regionen verlieren Zusammenhalt, wenn es keine gemeinsame Öffentlichkeit mehr gibt.

Professioneller Journalismus schafft diese Öffentlichkeit, kontrolliert Macht, ordnet Entwicklungen ein und bietet Orientierung. Wo Redaktionen verschwinden, entstehen Informationslücken. Diese werden häufig von Desinformation, Gerüchten oder den Logiken großer Plattformen gefüllt.

Wir erleben gerade, wie gesteuerte Falschinformationen, Extremismus, Hass und Hetze in sozialen Netzwerken politische Debatten vergiften. Umso mehr braucht unsere Gesellschaft eine vielfältige Presselandschaft mit professioneller Berichterstattung. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Was erwarten Sie jetzt von der Bundesregierung?

Wir brauchen ein kurzfristiges Spitzengespräch mit der Branche und einen politischen Kurswechsel. Wer die Bedeutung freier Medien betont, muss auch ihre wirtschaftlichen Grundlagen sichern. Dazu gehören faire steuerliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie, praktikable Zustellstrukturen und dringend eine Regulierung und Eindämmung der Macht digitaler Plattformen. Was wir jetzt sofort brauchen, ist ein verbindlicher Pressefolgencheck für neue Gesetze. Pressefreiheit muss sich nicht nur in politischen Reden zeigen, sondern auch in politischen Entscheidungen.

3.000 Zeichen